

Ratsmitglieder, die im Stadtbezirk wohnen oder dort kandidiert haben

-/-

Zuhörer in der nichtöffentlichen Sitzung

-/-

Entschuldigt fehlt

Frau Anja Bartsch

CDU

Frau Jennifer Wittrowski

SPD

Verwaltung

Herr Weigel

Bauamt

(zu TOP 6)

Herr Plein

Bauamt

(zu TOP 7)

Herr Müller

Amt für Schule

(zu TOP 8,9,10)

Frau Bernauer

Umweltamt

(zu TOP 10, 19)

Herr Skarabis

Bezirksamt Heepen

Herr Lötze

Bezirksamt Heepen

Frau Vinke

Bezirksamt Heepen

Schriftführerin

Externe

Herr Leifeld

Büro Tischmann/Schrooten

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Bezirksbürgermeister Sternbacher informiert die Anwesenden darüber, dass Frau Vinke in der heutigen Sitzung zum letzten Mal als Schriftführerin anwesend ist und dankt ihr für ihre Tätigkeit.

Frau Grünwald (stellvertretende Bezirksbürgermeisterin, CDU-Fraktion) und Herr Wäschebach (Vorsitzender der SPD-Fraktion) schließen sich dem Dank an und verabschieden Frau Vinke im Namen aller Mitglieder der Bezirksvertretung Heepen.

Bezirksbürgermeister Sternbacher eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er macht darauf aufmerksam, dass die Wortbeiträge in der Sitzung mittels eines Aufnahmegerätes aufgezeichnet werden.

Zur Tagesordnung weist er auf eine fristgerecht, jedoch nach Versenden der schriftlichen Einladung zur Sitzung eingegangene Anfrage des Vertreters der Partei Die Linke hin. Diese werde unter TOP 4.4 in die Tagesordnung aufgenommen.

Die mit dieser Änderung von der Bezirksvertretung genehmigte Tagesordnung wird sodann wie folgt erledigt:

Zu Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Heepen

a) Parkende LKW Eckendorfer Straße Höhe Leinweberring

Herr Kettner (Einwohner des Stadtteils Altenhagen) weist darauf hin, dass auf dem Seitenstreifen der Eckendorfer Straße in Höhe des Leinweberrings stadtauswärts häufig LKW parken. Es komme zu gefährlichen Situationen, wenn diese LKW sich in den laufenden Verkehr einordnen wollen.

Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt, die Situation dort sei bekannt und auch dem Amt für Verkehr bereits zur Kenntnis gebracht worden. Er bitte die Verwaltung darum, den Hinweis erneut an das Amt für Verkehr weiterzugeben.

b) Verbrauchermarkt Kafkastraße - Gutachten Verkehrsbelastung

Herr Kettner (Einwohner des Stadtteils Altenhagen) fragt, ob die im Bebauungsplanverfahren für den Verbrauchermarkt an der Kafkastraße in Altenhagen angekündigte Überprüfung der Verkehrssituation nach Eröffnung des Marktes bereits vorliege.

Bezirksbürgermeister Sternbacher bittet die Verwaltung um Prüfung.

c) Endhaltestelle Linie 2 - Verkehrs- und Abfallaufkommen im Umfeld

Herr Kettner (Einwohner des Stadtteils Altenhagen) vertritt die Auffassung, dass durch die Endhaltestelle der Linie 2 in der Straße Buschbachweg ein höheres Verkehrs- und Abfallaufkommen zu verzeichnen sei. Er fragt, ob die Anwohner für die Beseitigung der Abfälle zuständig seien und wer den Winterdienst durchzuführen habe. Seiner Kenntnis nach seien aufgrund der Reinigungsklasse der Straße Buschbachweg die Anwohner für diese Aufgaben zuständig. Er fragt, ob es möglich sei, dass die Stadt diese Aufgaben aufgrund des erhöhten Aufkommens selbst übernehme.

Bezirksbürgermeister Sternbacher antwortet, dass geprüft werden könne, ob die Straße Buschbachweg in eine andere Reinigungsklasse eingestuft werden könne. Ggf. würden für die Anwohner jedoch durch eine Änderung der Reinigungsklasse höhere Kosten entstehen.

d) Verlängerung der Stadtbahnlinie 2 - Lärm

Herr Kettner (Einwohner des Stadtteils Altenhagen) fragt, ob es richtig sei, dass der Betreiber nachzuweisen habe, dass Richtwerte eingehalten werden. Er habe bei der Bezirksregierung Detmold eine Beschwerde über die Lärmemissionen eingereicht. Die daraufhin erfolgten Messungen hätten ergeben, dass Grenzwerte überschritten werden. Die Schienen quietschen, es gebe Lichtblitze von der Oberleitung und der Sonderzug Sparrenexpress verursache Lärm durch Feiernde. Bezüglich des Sparrenexpress sei ihm zugesichert worden, dass dieser nach 23 Uhr dort nicht mehr anhalte. Die anderen Beschwerden seien mit Hinweis, es sei alles in Ordnung und die Emissionen seien seine subjektive Wahrnehmung "abgebügelt worden". Das von ihm bewohnte Haus Buschbachweg Nr. 46 sei bereits im Lärmgutachten als Bereich ausgewiesen worden, in dem es zu erhöhter Lärmentwicklung kommen könne. Er sei erstaunt, dass die Bezirksregierung Detmold die Angelegenheit nicht weiter verfolge. Er habe bereits während der Bauphase den Eindruck gewonnen, dass die Bezirksregierung sehr "pro Stadtbahn" eingestellt sei und alles habe durchgehen lassen, "was moBiel und die Bauarbeiter gemacht haben".

Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt, ihm liege die Antwort der Bezirksregierung auf die Beschwerde von Herrn Kettner nicht vor. Deshalb könne er sich dazu nicht äußern. Die Bezirksvertretung habe die Möglichkeit mit moBiel Kontakt aufzunehmen, könne aber nicht die Entscheidungen der Bezirksregierung überprüfen lassen. Herr Kettner könne dem Bezirksamt das Schreiben der Bezirksregierung zukommen lassen. Dann könne überlegt werden, ob und wie die Bezirksvertretung reagieren könne.

e) Bauvorhaben BGW Lüneburger Straße I

Herr Kolberg (Anwohner der Lüneburger Straße) nimmt Bezug auf einen Pressebericht über das geplante Bauvorhaben der BGW an der Lüneburger Straße. Er übt Kritik daran, dass zu Ungunsten der vorhandenen Mieter die auf dem zukünftigen Baugelände vorhandenen

Parkplätze reduziert und zum Teil an andere Stelle verlegt werden sollen. Er befürchte, dass in Zukunft keine wohnungsnahen Parkplätze mehr zur Verfügung stehen werden. Die Parkplätze seien entgegen der Presseberichterstattung gut ausgelastet, das Zeitungsfoto des Parkplatzes sei zu einer Tageszeit aufgenommen worden, zu der der Parkplatz weniger genutzt werde. Abends sei die Situation anders.

Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt, dass die Parkplätze ein Schwerpunktthema bei den Beratungen zu diesem Bauvorhaben sein werden. Im Übrigen verweise er auf TOP 6 der heutigen Sitzung, in welchem das Bauvorhaben und auch die Parkplatzplanung vorgestellt werde.

f) Bauvorhaben BGW Lüneburger Straße II

Herr Dransfeld (Anwohner der Lüneburger Straße) bezieht sich auf das geplante Bauvorhaben der BGW an der Lüneburger Straße. Grundsätzlich habe er nichts gegen die Bebauung mit Altenwohnungen. Er fühle sich jedoch von der massiven Bauweise des geplanten Baus überrumpelt. An der gesamten Lüneburger Straße gebe es kein weiteres viergeschossiges Gebäude. Die im Umfeld vorhandenen, höheren Gebäude befinden sich abseits der geplanten Bebauung. Er fragt, ob es noch Möglichkeiten gebe, gegen diese massive Erscheinung des Baus etwas zu unternehmen. Er vertritt die Auffassung, dass eine Verschiebung des Baukörpers nach Norden geprüft werden solle. Dadurch könnten im südlichen Grundstücksteil mehr Parkplätze erhalten bleiben. Zur Parkplatzsituation schließe er sich den Ausführungen seines Vorredners an. In der jetzigen Form sei er mit den Planungen nicht einverstanden. Er fragt, ob die Anwohner im Bauleitplanverfahren noch Möglichkeiten bekommen, ihre Bedenken und Anregungen vorzubringen. In der Nachbarschaft bestehe die Befürchtung, dass gegen die BGW und die Stadt als Vorhabenträger Einwendungen sinnlos seien.

Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt, dass im Bebauungsplanverfahren noch eine Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt werde. Dabei könnten Bedenken und Einwendungen vorgetragen oder zu Protokoll gegeben werden und würden im weiteren Verfahren schriftlich beantwortet. Die heutige Beratung in der Bezirksvertretung sei der Anfang dieses Bebauungsplanverfahrens. Jeder Bauherr habe sich an das Baurecht und die Vorgaben eines Bebauungsplanes zu halten, so auch die BGW oder die Stadt.

Herr Dransfeld vertritt die Auffassung, das bereits von der BGW im Ortskern Heepen umgesetzte "Bielefelder Modell" sei ein Beispiel dafür, dass Bauvorhaben der BGW auch ohne Parkplätze umgesetzt werden können.

Bezirksbürgermeister Sternbacher antwortet, dass an diesem Standort die für ein solches Gebäude baurechtlich vorgeschriebene Anzahl an Stellplätzen eingerichtet worden sei. Dies sei im Übrigen auch an den anderen Standorten solcher Modelle im Stadtbezirk der Fall.

g) Presseberichterstattungen L 712n

Herr Tresser (Einwohner des Stadtteils Milse) bezieht sich auf verschiedene Presseberichte im Zusammenhang mit der L 712n, der Entwicklung eines Naturschutzgebietes im Bereich Johannisbachtal - Obersee, der Verlängerung der Stadtbahnlinie 2 und der Entwicklung eines Rahmenplanes für Bebauung im Umfeld der Verlängerungsstrecke der Stadtbahnlinie 2. Bezogen auf diese Themen stellt er einige Fragen zum politischen Abstimmungsverhalten von Bezirksbürgermeister Sternbacher und dessen persönlicher Meinung, die dieser direkt beantwortet.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 26.01.2017 - öffentlich - TOP 1 *

Zu Punkt 2

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 21. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 01.12.2016

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 21. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 01.12.2016 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 26.01.2017 - öffentlich - TOP 2 *

Zu Punkt 3

Mitteilungen

I. Schriftliche Mitteilungen

3.1

Pflege der Bepflanzung Kreisverkehr Braker Straße / Grundstraße

Die Pflege der derzeitigen Bepflanzung des Kreisverkehrsplatzes Braker Straße / Grundstraße wird vom Umweltbetrieb ab 01.05.2017 übernommen. Der über das übliche Ausmaß hinausgehende Pflegeaufwand wird dem Umweltbetrieb vom Amt für Verkehr nach Rechnungsstellung erstattet.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 26.01.2017 - öffentlich - TOP 3.1 *

3.2 **Prüfung der Verkehrssituation Grömitzer Straße/ Fehmarnstraße (vgl. BV Heepen -27.10.16 - TOP 6.2)**

Den Mitteilungen beigefügt ist eine schriftliche Stellungnahme des Amtes für Verkehr zur Verkehrssituation Grömitzer Straße / Fehmarnstraße.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 26.01.2017 - öffentlich - TOP 3.2 *

-.-.-

3.3 **Unterrichtungs- und Erörterungstermin zur 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/43.00 "Wohnen am Rabenhof"**

Den Mitteilungen beigefügt ist der Vermerk des Bauamtes zum Unterrichts- und Erörterungstermin zur 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/43.00 "Wohnen am Rabenhof" am 22.11.2016.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 26.01.2017 - öffentlich - TOP 3.3 *

-.-.-

3.4 **Instandsetzung des Verbindungsweges zwischen Römerstraße und Mecklenburger Straße**

Laut Mitteilung des Amtes für Verkehr wird der Verbindungsweg zwischen der Römerstraße und der Mecklenburger Straße auf einer Länge von 150 m angelegt bzw. erweitert. Im Wesentlichen sollen folgende Arbeiten ausgeführt werden: Erweiterung des Geh- und Radweges auf 3 m Breite, Instandsetzung und Ergänzung des Belages, Wurzelwerk im Bereich des Grünstreifens beseitigen. Bei offener Witterung soll das Vorhaben zwischen Dezember 2016 und März 2017 ausgeführt werden.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 26.01.2017 - öffentlich - TOP 3.4 *

-.-.-

3.5 **Klassenbesetzungsübersicht für das Schuljahr 2016/17 (Stadtbezirk Heepen)**

Den Mitteilungen beigefügt ist ein Auszug aus der Klassenbesetzungsübersicht für das Schuljahr 2016/17 für die Schulen im Stadtbezirk Heepen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 26.01.2017 - öffentlich - TOP 3.5 *

-.-.-

3.6 **Mehr Sicherheit für die Schulkinder in Oldentrup - Verlagerung der Bushaltestelle "Lüneburger Straße" (vgl. Bezirksvertretung Heepen - 25.11.2015 - TOP 6.4)**

Laut Mitteilung des Amtes für Verkehr ist beabsichtigt die Bauarbeiten für die Verlagerung der Haltestelle "Lüneburger Straße" ab Januar 2017 bei entsprechend offener Witterung auszuführen.

Der Einsatz der Verkehrshelfer wurde laut Mitteilung des Amtes für Schule bereits vertraglich befristet bis zum 15.03.2017 verlängert.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 26.01.2017 - öffentlich - TOP 3.6 *

-.-.-

3.7 **Prüfung der Bebaubarkeit einer Grundstücksfläche in Altenhagen (vgl. u. a. BV Heepen 16.06.2016 – TOP 6.2, BV Heepen – 27.10.2016 – TOP 1): Gespräch mit Anliegern der Straße Hausfeld**

Den Mitteilungen beigefügt ist ein Vermerk des Bezirksamtes Heepen zu einem Gespräch am 01.12.2016 mit Anliegern der Straße Hausfeld im Kontext zu den u. a. in der Einwohnerfragestunde der Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 27.10.2016 gestellten Einwohnerfragen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 26.01.2017 - öffentlich - TOP 3.7 *

-.-.-

3.8 **Rückbau der Straßenbeleuchtung in der Privatstraße "Auf der Heibroke"**

Laut Mitteilung des Amtes für Verkehr wurde bei einer routinemäßigen Kontrolle der Straßenbeleuchtung festgestellt, dass 3 Leuchten (zwei auf Kunststoffmasten, eine auf Stahlmast) irrtümlich in der Privatstraße "Auf der Heibroke" zwischen der Straße "Rote Erde" und der Hausnummer 18 errichtet wurden, die nicht öffentlich gewidmet ist.

Da keine Aussage über die Standsicherheit der zwei vorhandenen über 40 Jahre alten Kunststoffmasten getroffen werden könne, werden die Beleuchtungsmasten ersatzlos zurückgebaut und die vorhandenen LED-Leuchten in anderen öffentlichen Straßen wieder eingebaut.

Die Anwohner werden über den Rückbau der Beleuchtung informiert.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 26.01.2017 - öffentlich - TOP 3.8 *

-.-.-

3.9

Fragerechte von Mitgliedern der Bezirksvertretungen

Den Mitteilungen beigefügt ist eine Stellungnahme des Rechtsamtes zu Fragerechten der Mitglieder der Bezirksvertretungen. Die Stellungnahme wurde unter Bezugnahme auf eine von Herrn Schatschneider (Die Linke) zur Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 01.12.2016 eingereichte Anfrage verfasst. Die Anfrage wurde wegen fehlenden bezirklichen Bezuges nicht auf die Tagesordnung der Sitzung am 01.12.2016 genommen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 26.01.2017 - öffentlich - TOP 3.9 *

-.-.-

3.10

Erfahrungsbericht des Bürgeramtes zu geänderten Öffnungszeiten der Filialen der Bürgerberatungen

Den Mitteilungen beigefügt ist eine schriftliche Information des Bürgeramtes zur geplanten Vorstellung eines Erfahrungsberichtes zu geänderten Öffnungszeiten der Filialen der Bürgerberatungen in einigen politischen Gremien.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 26.01.2017 - öffentlich - TOP 3.10 *

-.-.-

3.11

Verbesserung der Straßenbeleuchtung in der Straße "Auf der Brinkhufe"

Laut Mitteilung des Amtes für Verkehr wurde bei einem Ortstermin festgestellt, dass die Beleuchtung in der Straße "Auf der Brinkhufe" zwischen "Am Dreierfeld" und Haus Nr. 21 nicht mehr dem städtischen Beleuchtungsstandard für Gemeindestraßen entspricht. Die Maststandorte sollen angepasst und zwei zusätzliche Masten aufgestellt und mit LED-Leuchten ausgestattet werden. Zusätzlich müsse die über 50 Jahre alte Kabelanlage wegen Sanierungsbedürftigkeit ausgetauscht werden. Es handele sich um eine Verbesserung der öffentlichen Straßenbeleuchtungsanlage mit Gesamtkosten von ca. 15.500 €. Ob für Teile der Maßnahme Anliegerbeiträge fällig werden, werde geprüft.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 26.01.2017 - öffentlich - TOP 3.11 *

-.-.-

3.12 **Wohnungsmarktbericht 2016**

Den Mitteilungen beigefügt ist ein auf den Stadtbezirk Heepen bezogener Auszug aus dem Wohnungsmarktbericht der Stadt Bielefeld für das Jahr 2016.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 26.01.2017 - öffentlich - TOP 3.12 *

-.-.-

3.13 **Erste Verordnung zur Änderung der Straßenverkehrs-Ordnung**

Den Mitteilungen beigefügt ist eine Information des Amtes für Verkehr über wesentliche Änderungen der Straßenverkehrs-Ordnung.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 26.01.2017 - öffentlich - TOP 3.13 *

-.-.-

3.14 **Antwort auf eine Einwohnerfrage**

Den Mitteilungen beigefügt ist folgende Antwort auf eine Einwohnerfrage:

- Herr Meyer - Einwohnerfragestunde 27.10.2016 - Künftige Nutzung des Grundstücks Herforder Straße 594

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 26.01.2017 - öffentlich - TOP 3.14 *

-.-.-

3.15 **Postdienstleistungen August-Fuhrmann-Straße 1 (vgl. Bezirksvertretung Heepen - 21.01.2016 - TOP 3.5)**

Seit dem 16.01.2017 werden wieder Postdienstleistungen in der August-Fuhrmann-Straße 1 durch einen Kooperationspartner angeboten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 26.01.2017 - öffentlich - TOP 3.15 *

-.-.-

II. Mündliche Mitteilungen

3.16 **Naturnaher Ausbau der Weser-Lutter - Zeitplan**

Herr Skarabis verweist auf eine schriftliche Information des Umweltamtes zum Zeitplan und den Verfahrensschritten des naturnahen Ausbaus der Weser-Lutter, die vor der Sitzung an alle Mitglieder der Bezirksvertretung ausgehändigt wurde.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 26.01.2017 - öffentlich - TOP 3.16 *

-.-.-

3.17 **Landschaftsplanerisches Entwicklungskonzept Johannisbachtal Obersee - Beratungen anderer Gremien**

Herr Skarabis verweist auf die Beratung eines Antrags zum landschaftsplanerischen Entwicklungskonzept Johannisbachtal - Obersee im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz am 22.11.2016, sowie auf den Ratsbeschluss zum Entwicklungskonzept vom 08.12.2016. Die entsprechenden Auszüge aus den Niederschriften und die Beratungsgrundlagen wurden den Mitgliedern der Bezirksvertretung vor Beginn der Sitzung ausgehändigt.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 26.01.2017 - öffentlich - TOP 3.17 *

-.-.-

3.18 **Antwort auf eine Einwohnerfrage**

Herr Skarabis teilt mit, dass Herr Meyer eine Antwort auf seine Einwohnerfrage aus der Einwohnerfragestunde der Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 01.12.2016 bezüglich der Geruchsimmissionen der Kläranlage Brake erhalte. Der Inhalt der Antwort sei der schriftlichen Stellungnahme des Umweltbetriebes zu entnehmen, die die Mitglieder vor Beginn der Sitzung erhalten haben.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 26.01.2017 - öffentlich - TOP 3.18 *

-.-.-

3.19 **Geruchsimmissionen der Kläranlagen im Stadtbezirk Heepen (vgl. Bezirksvertretung Heepen - 01.12.2016 - TOP 5.3)**

Herr Skarabis verweist auf eine schriftliche Stellungnahme des Umweltbetriebes zu Geruchsimmissionen der Kläranlagen im Stadtbezirk

Heepen, die den Mitgliedern der Bezirksvertretung vor der Sitzung vorgelegt wurde.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 26.01.2017 - öffentlich - TOP 3.19 *

Zu Punkt 4 Anfragen

Zu Punkt 4.1 Sachstand Einführung neue Programmversion "LittleBird" in Einrichtungen im Stadtbezirk Heepen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4227/2014-2020

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf die Anfrage der CDU-Fraktion:

"Bezogen auf die Einrichtungen im Stadtbezirk Heepen:

Was ist der Sachstand der Einführung der neuen Version des Portals Little Bird?

Zusatzfragen:

Sind die in der letzten Behandlung des Themas genannten Probleme, z.B. Darstellung des 25-Stunden-Angebots im Portal, Bedienprobleme inzwischen behoben?

Welche Probleme mit dem Portal sind in der jüngeren Vergangenheit aufgetreten?"

Herr Skarabis fasst die Antwort des Sozialdezernates zusammen. LITTLE BIRD bestehe aus zwei miteinander kommunizierenden Elementen, dem Elternportal und der Verwaltungssoftware. Das Design und die Funktionalität des Elternportals seien nach der Anfang November 2016 erfolgten Migration auf LITTLE BIRD 2 weitgehend unverändert. Die Änderungen betreffen die Verwaltungssoftware. Im Zuge der Migration seien verschiedene Probleme aufgetreten, für die die Anbieterfirma inzwischen erste updates eingespielt habe. Die Verwaltung gehe davon aus, dass noch bestehende Mängel in Kürze beseitigt werden. Unter der Version LITTLE BIRD 1 bestehende Probleme bei der Darstellung von Betreuungsplätzen mit 25 Stunden Betreuungsumfang seien mittlerweile behoben. Eltern können inzwischen in jeder Kindertageseinrichtung eine Vormerkung für einen Betreuungsplatz mit 25 Stunden Betreuungsumfang vornehmen.

Herr Dr. Elsner erklärt, es sei für Betroffene unerheblich, weshalb die Software nicht richtig funktioniere oder unlesbare Bescheide automatisiert versandt werden. Entscheidend sei, dass die Defizite umgehend behoben

werden.

Bezirksbürgermeister Sternbacher vertritt die Auffassung, die Defizite sollten dem Jugendhilfeausschuss zur Kenntnis gebracht und ggf. dort weiter beraten werden.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 26.01.2017 - öffentlich - TOP 4.1 *

-.-.-

Zu Punkt 4.2 Zugang zum Fahrstuhl im Gemeinschaftshaus Brake für Vereine

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4228/2014-2020

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf die Anfrage der CDU-Fraktion:

"Warum haben die nutzenden Vereine noch immer keinen Zugang zu dem Fahrstuhl im Gemeinschaftshaus Brake erhalten?"

Zusatzfrage:

Wann ist mit einem Zugang zu rechnen?"

Herr Skarabis erklärt, die noch nicht erfolgte Schlüsselübergabe hänge mit zeitintensiven Abstimmungen zwischen verschiedenen städtischen Ämtern sowie dem Immobilienservicebetreiber zusammen. Inzwischen sei ein Schlüssel bereits an die Chorgemeinschaft Brake übergeben worden. Auch der Heimatverein solle in Kürze den Schlüssel erhalten. Er weist darauf hin, dass der Fahrstuhl nur von gehbehinderten Personen genutzt werden solle und ausschließlich mit einem Schlüssel angefordert werden könne.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 26.01.2017 - öffentlich - TOP 4.2 *

-.-.-

Zu Punkt 4.3 Baumfällarbeiten am Verbindungsweg zwischen "Wefelshof" und Grundschule Brake

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4244/2014-2020

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf eine Anfrage des Vertreters der Partei Die Linke:

"In dem Waldstück zwischen der Straße „Wefelshof“ und der Grundschule Brake wurden sehr viele, auch gesunde, Bäume gefällt. Dabei wurde eine mehrere tausend Euro teure Sanierung einer Wegebeziehung, die vor nicht langer Zeit durchgeführt wurde, völlig „zerstört“.

Frage:

Warum wurde eine so große Anzahl von Bäumen gefällt?

Zusatzfragen:

Warum wurden dabei auch gesunde Bäume gefällt?

Warum stimmt sich die Verwaltung nicht ab und verursacht dadurch unnötige Kosten?"

Herr Skarabis zitiert aus der Antwort des Umweltbetriebes:

"Es handelt sich nicht um eine große Anzahl von Bäumen, sondern um eine notwendige Maßnahme, bei der 18 Bäume überwiegend aus Verkehrssicherungsgründen gefällt wurden.

Der optische Eindruck nach der Fällung an den noch vorhandenen Stubben vermittelt, dass dort gesunde Bäume gefällt worden seien. Betroffen waren 8 sehr dicke und alte Schwarzpappeln, bei denen in den vergangenen Jahren immer wieder Äste und Totholz herausgebrochen waren sowie 10 Buchen, Eichen, Eschen und Kirschen mit Zwieselbildung, einer starken Neigung und Überhang zum benachbarten Grundstück.

Eine Abstimmung notwendiger Unterhaltungs- und Pflegemaßnahmen wäre sehr wünschenswert und entspricht auch unserer Vorstellung vom Einsatz finanzieller und personeller Mittel. Leider ist das nicht immer möglich, da Ereignisse vor allem witterungsbedingter Art ein kurzfristiges Handeln erfordern."

Herr Schatschneider (Die Linke) erklärt, die öffentliche Wahrnehmung dieser Maßnahme unterscheide sich von der Darstellung des Umweltbetriebes. Insgesamt seien mehr als 18 Bäume gefällt worden, außerdem seien die Kosten für die Wegesanierung des nun neu beschädigten Abschnitts in der Bezirksvertretung Heepen öffentlich mit mehreren tausend Euro beziffert worden. Es sei wünschenswert, dass Maßnahmen zukünftig besser abgestimmt werden.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 26.01.2017 - öffentlich - TOP 4.3 *

-.-.-

Zu Punkt 4.4

Filialen der Bürgerberatung im Stadtbezirk Heepen - Grundlagen der Evaluation

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4278/2014-2020

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf eine Anfrage des Vertreters der Partei Die Linke:

"Seit Januar 2016 wurden in der Bürgerberatung und deren Nebenstellen aufgrund von Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen Veränderungen durchgeführt. Ein wesentliches Kernelement ist ein Öffnungszeitenmodell, das in der Bevölkerung wegen zu langer Wartezeiten als realitätsfremd angesehen wird. Zudem hat es Einschränkungen im Dienstleistungsbereich gegeben. Die Verwaltung wird planmäßig im Frühjahr dieses Jahres über die Erfahrungen des Jahres 2016 berichten und ggf. nachsteuern.

Frage:

Welcher Zeitraum dient als Datengrundlage für den Evaluationsprozess in den Bürgerberatungen des Stadtbezirks Heepen?

Zusatzfragen:

Um wie viel Prozent sind die Öffnungszeiten der Bürgerberatungen im Stadtbezirk Heepen verändert worden?

Um wie viel Prozent wurde das Dienstleistungsangebot der Bürgerberatungen im Stadtbezirk Heepen verändert?"

Herr Skarabis teilt die Antwort des Bürgeramtes mit:

"Die Verwaltung verweist auf die Mitteilung in der BV Heepen am 26.01.2017 zur „Umsetzung von Optimierungsmaßnahmen in der Bürgerberatung“. In dem angekündigten Bericht, der in der Sitzung am 06. April vorgestellt wird, werden alle Fragen beantwortet."

Herr Schatschneider (Die Linke) erklärt, die Länge des Untersuchungszeitraums sei ein entscheidender Faktor. Die Bevölkerung wäre dankbar für eine Antwort auf diese Frage.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 26.01.2017 - öffentlich - TOP 4.4 *

-.-.-

Zu Punkt 5 Anträge

Zu Punkt 5.1 Energieversorgung im Stadtbezirk Heepen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4226/2014-2020

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf den Antrag der CDU-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Bezirksvertretung über die Energieversorgung im Stadtbezirk zu informieren. Hierbei sollen insbesondere die folgenden Aspekte angesprochen werden:

- *Stabilität der Energieversorgung: aktueller Stand, zukünftige Entwicklung*
- *Gründe und Wahrscheinlichkeiten für mögliche Instabilitäten*
- *Notfallpläne für Zeiten instabiler Energieversorgung*
- *mögliche Gegenmaßnahmen für größere Energiesicherheit*
- *mögliche Auswirkungen auf weitere städtebaulichen Planungen jeweils in Bezug auf den Stadtbezirk Heepen.*

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) erklärt, der Antrag fuße auf einem entsprechenden Pressebericht. Es sei wichtig, zu verstehen, welche Auswirkungen sich für den Stadtbezirk Heepen ergeben könnten und wie die genannten Risiken einzuschätzen seien.

Herr Wäschebach (Vorsitzender der SPD-Fraktion) vertritt die Auffassung, die Thematik sei eher gesamtstädtisch zu betrachten.

Herr Dr. Elsner erwidert, die Notfallpläne der Stadtwerke Bielefeld seien bezirksbezogen.

Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt, der Hauptausschuss habe sich bereits mit dem Thema beschäftigt. Ein bezirksbezogener Bericht sei dennoch wünschenswert.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s :

Die Verwaltung wird beauftragt, die Bezirksvertretung über die Energieversorgung im Stadtbezirk zu informieren. Hierbei sollen insbesondere die folgenden Aspekte angesprochen werden:

- **Stabilität der Energieversorgung: aktueller Stand, zukünftige Entwicklung**
- **Gründe und Wahrscheinlichkeiten für mögliche Instabilitäten**
- **Notfallpläne für Zeiten instabiler Energieversorgung**
- **mögliche Gegenmaßnahmen für größere Energiesicherheit**
- **mögliche Auswirkungen auf weitere städtebaulichen Planungen jeweils in Bezug auf den Stadtbezirk Heepen.**

- einstimmig beschlossen -

* Bezirksvertretung Heepen - 26.01.2017 - öffentlich - TOP 5.1 *

Zu Punkt 5.2

Prüfung von Möglichkeiten zur Verbesserung der Ein- Ausfahrtsituation im Bereich Engersche Straße/ Polderweg

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4230/2014-2020

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf den Antrag des Vertreters der Partei Die Linke:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie die Verkehrssituation an der Engerschen Straße/Polderweg, verbessert werden kann. Geprüft werden sollen mind. die Aufstellung eines Spiegels, ein Haltverbot, eine Einbahnstraßenregelung und der Erwerb einer Privatstraße. Das Ergebnis der Prüfung ist der Bezirksvertretung, ggf. in einer anlassbezogenen Arbeitsgruppe, vorzustellen.

Frau Klemme-Linnenbrügger erklärt Ausschlussgründe nach § 31 GO.

Herr Schatschneider führt zur Begründung des Antrages aus, dass an der Einmündung Engersche Straße/Polderweg kein Begegnungsverkehr möglich sei. Außerdem sei es gefährlich für Verkehrsteilnehmer auf der Engerschen Straße warten zu müssen, bis die Einfahrt in den Polderweg möglich sei. Er bitte um Prüfung aller Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) und Herr Wäschebach (Vorsitzender der SPD-Fraktion) erklären, dem Prüfauftrag zustimmen zu können.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie die Verkehrssituation an der Engerschen Straße/Polderweg, verbessert werden kann. Geprüft werden sollen mind. die Aufstellung eines Spiegels, ein Haltverbot, eine Einbahnstraßenregelung und der Erwerb einer Privatstraße. Das Ergebnis der Prüfung ist der Bezirksvertretung, ggf. in einer anlassbezogenen Arbeitsgruppe, vorzustellen.

- einstimmig beschlossen -

* Bezirksvertretung Heepen - 26.01.2017 - öffentlich - TOP 5.2 *

Zu Punkt 6

2. Änderung des Bebauungsplans Nr. III/O7 "Großes Feld" für eine Teilfläche östlich der Lüneburger Straße und westlich der Hillegosser Straße im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB)
- Stadtbezirk Heepen -
Aufstellungsbeschluss/ **Beschluss** **zur**
Bebauungsplanänderung
- Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4154/2014-2020

Herr Leifeld (Büro Tischmann/Schrooten) erklärt anhand einer Beamer-Präsentation das Plangebiet und die geplante Bebauung.

Herr Weigel (Bauamt) nimmt Bezug auf eine Einwohnerfrage, die zu Beginn der Sitzung hinsichtlich der Entwicklung des Parkraums im Plangebiet und in der Umgebung gestellt wurde. Von 80 derzeit auf der geplanten Baufläche vorhandenen Stellplätzen bleiben nach Neubau 22 erhalten. Zusätzlich sollen im nördlichen Grundstücksteil 34 Stellplätze geschaffen werden. Damit stünden 57 Plätze auf dem Grundstück zur Verfügung. Weitere 31 Plätze könnten auf Flächen an der Soltauer und Uelzener Straße geschaffen werden. Das Thema Parkplätze werde für die in ca. sechs Wochen folgende Öffentlichkeitsbeteiligung aufbereitet, so dass im Rahmen dieser Veranstaltung auf Fragen eingegangen werden könne.

Herr Wäschebach (Vorsitzender der SPD-Fraktion) erklärt, die SPD-Fraktion befürworte die Bebauung grundsätzlich, werde aber den Prozess kritisch begleiten und insbesondere auf das Thema Stellplätze ein wachsames Auge haben. Er bitte darum, der Bezirksvertretung in der nächsten Sitzung eine grafische Darstellung der von Herrn Weigel genannten Stellplatzmöglichkeiten vorzustellen. Er fragt, wer Eigentümer der vorhandenen Stellplätze und Garagen sei, wie der im nördlichen Teil des Plangebiets vorhandene Bolzplatz genutzt werde und ob für dessen Wegfall ein Ersatz geplant sei.

Herr Weigel teilt mit, dass der Bolzplatz seiner Kenntnis nach gar nicht genutzt werde. Ein Ersatz sei zurzeit nicht geplant, er werde diese Anregung für die weiteren Planungen berücksichtigen.

Frau Grünwald (CDU-Fraktion) erklärt, die CDU-Fraktion begrüße das Bauvorhaben, das sich in die Bewohnerstruktur des Gebietes mit vielen älteren Menschen einfüge. Bezogen auf die Frage von Herrn Wäschebach zu einem Ausgleich für den entfallenden Bolzplatz weist sie darauf hin, dass oberhalb des Oldentruper Parks am Rande des Baugebietes ein für Kleinkinder nutzbarer Spielplatz vorhanden sei. Bezüglich der Stellplätze auf dem künftigen Baugrundstück habe sie beobachtet, dass diese nicht intensiv genutzt werden. Die umliegenden Straßen seien hingegen regelmäßig stark beparkt.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) nimmt Bezug auf einen in der Einwohnerfragestunde von einem Anwohner geäußerten Eindruck, die geplante Bebauung füge sich hinsichtlich der Höhe nicht in die vorhandene Bebauung ein. Er bittet darum, die Höhe des zukünftigen Gebäudes in Relation zu den Höhen vorhandener Bebauung zu zeigen.

Herr Weigel erläutert anhand eines Höhenmodells die Höhen von markanten Gebäuden im Umfeld der geplanten Bebauung und die Höhen der einzelnen Gebäudeteile des geplanten Neubaus.

Bezirksbürgermeister Sternbacher fasst die Diskussion zusammen und bittet um Abstimmung über die Beschlussvorlage.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

1. Der Bebauungsplan Nr. III/O 7 "Großes Feld" ist für eine Teilfläche östlich der Lüneburger Straße und westlich der Hillegosser Straße gemäß § 2 (1) BauGB zu ändern (2. Änderung). Für die genauen Grenzen des Plangebietes ist die im Vorentwurf des Nutzungsplans vorgenommene Abgrenzung verbindlich.
2. Die 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. III/O 7 „Großes Feld“ soll als beschleunigtes Verfahren gemäß § 13a BauGB („Bebauungspläne der Innenentwicklung“) durchgeführt werden.
3. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 (1) BauGB ortsüblich öffentlich bekannt zu machen. Dabei ist gemäß § 13a BauGB darauf hinzuweisen, dass die Aufstellung im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 (4) BauGB erfolgt.
4. Die frühzeitige Information und Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB für die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/O 7 „Großes Feld“ ist auf der Grundlage der in der Vorlage dargestellten allgemeinen Ziele und Zwecke der Bauleitplanung nach den vom Rat der Stadt Bielefeld beschlossenen Richtlinien durchzuführen.
5. Gemäß § 4 (1) BauGB sind die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zu dem Vorentwurf des Bebauungsplanes einzuholen.

- einstimmig beschlossen -

* Bezirksvertretung Heepen - 26.01.2017 - öffentlich - TOP 6 *

Zu Punkt 7

1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/O13 "Nördlich und südlich der Bechterdisser Straße - neue Gewerbegebiete westlich der A 2 "im Gebiet nördlich der Bechterdisser Straße und östlich des Ostrings (L787 n) (Teilplan1)" im beschleunigten Verfahrengemäß § 13 BauGB
- Stadtbezirk Heepen -
- Beschluss über Stellungnahmen
- Satzungsbeschluss

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4155/2014-2020

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) dankt dem Bauamt für die zusammengefasste Darstellung der Änderungen zwischen dem Entwurfs- und dem Satzungsbeschluss. Dies bedeute eine große Arbeitserleichterung für die Bezirksvertretung.

Herr Plein (Bauamt) nimmt Bezug auf die bereits abgeschlossenen Planungsschritte und die Entwicklung der nun vorliegenden Beschlussvorlage zum Satzungsbeschluss.

Herr Wäschebach (Vorsitzender der SPD-Fraktion) erklärt, die SPD-Fraktion stehe der Festsetzung des südlichen Teils des Plangebietes als eingeschränktes Gewerbegebiet kritisch gegenüber. Er äußert Bedauern darüber, dass eine Begradigung der Bechterdisser Straße über den südlichen Grundstücksteil verlaufend aus Kostengründen nicht umsetzbar sei. Akzeptabel sei dagegen, dass die Festsetzung als eingeschränktes Gewerbegebiet ohne Nachtbetrieb im Vergleich zum vormals festgesetzten Mischgebiet im Hinblick auf Lärmemissionen tagsüber keine höhere Belastung für die Anwohner erlaube.

Herr Plein erklärt auf Rückfrage von Herrn Wäschebach die Breiten der geplanten Pflanzstreifen anhand einer Beamerdarstellung. Der Streifen im östlichen Bereich des Kreisverkehrsplatzes werde eine Breite von 10 m haben und mit einzelnen Bäumen bepflanzt werden. Der Streifen westlich des Kreisverkehrsplatzes werde eine Breite von 5 m haben.

Herr Wäschebach erklärt, die SPD-Fraktion sei im Ergebnis mit der Vorlage einverstanden.

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf die in der Vergangenheit schwierige Entwicklung in dem Gebiet und vertritt die Auffassung, dass mit dem Satzungsbeschluss gewährleistet werde, dass Bewohner des Gebietes bei weiterer baulicher Entwicklung ihre Rechte geltend machen können.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) vertritt die Auffassung, dass sich die vorhandene Problemlage in eine verträglichere Richtung entwickelt habe. Mehr sei in diesem Gebiet nicht zu erreichen, seine Fraktion stimme der Vorlage deshalb zu.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

- 1. Die Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß §4 (1) BauGB wurden gemäß Anlage A.0 bei der Planung berücksichtigt.**
- 2. Die Stellungnahmen aus der ersten Offenlage (im Jahr 2009) gem. § 3 (2) und §4 (2) BauGB werden gemäß Anlage A.1 zur Kenntnis genommen (1.2.1) bzw. zurückgewiesen (1.2.2)**
- 3. Die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange aus der ersten Offenlage (im Jahr 2009) gem. § 3 (2) und §4 (2) BauGB**

werden gemäß Anlage A.1 (1.3.5, 1.3.6, 1.3.8, 1.3.9, 1.3.10, 1.3.11) zurückgewiesen.

4. Den Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange aus der ersten Offenlage (im Jahr 2009) gem. § 3 (2) und §4 (2) BauGB wird gemäß Anlage A.1 (1.3.1, 1.3.2, 1.3.3, 1.3.4, 11.3.12, 1.3.13) stattgegeben.
5. Die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange zur Beteiligung am 2. Entwurf gemäß § 4 (2) BauGB mit allgemeinen Hinweisen gemäß Anlage A.2 (1.1, 1.2) werden zur Kenntnis genommen.
6. Die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange zur Beteiligung am 2. Entwurf gemäß § 4 (2) BauGB werden gemäß Anlage A.2 (1.3, 1.4) zurückgewiesen.
7. Den Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange zur Beteiligung am 2. Entwurf gemäß § 4 (2) BauGB wird gemäß Anlage A.2 (2.1, 2.2, 2.3) stattgegeben.
8. Die von der Verwaltung vorgeschlagenen redaktionellen Änderungen und Ergänzungen der Planunterlagen werden gemäß Anlage A.2 (A. 2.3.2) beschlossen.
9. Die 1. Änderung des Bebauungsplan Nr. III/O 13 „Nördlich und südlich der Bechterdisser Straße – neue Gewerbegebiete westlich der A 2“ im Gebiet nördlich der Bechterdisser Straße und östlich des Ostrings (L 787 n) (Teilplan 1) wird als Satzung gemäß § 10 (1) BauGB beschlossen.
10. Die Begründung zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/O 13 „Nördlich und südlich der Bechterdisser Straße – neue Gewerbegebiete westlich der A 2“ im Gebiet nördlich der Bechterdisser Straße und östlich des Ostrings (L 787 n) (Teilplan 1) wird gebilligt.
11. Der Satzungsbeschluss für die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/O 13 „Nördlich und südlich der Bechterdisser Straße – neue Gewerbegebiete westlich der A 2“ im Gebiet nördlich der Bechterdisser Straße und östlich des Ostrings (L 787 n) (Teilplan 1) ist gemäß § 10 (3) BauGB öffentlich bekannt zu machen.

- einstimmig beschlossen -

* Bezirksvertretung Heepen - 26.01.2017 - öffentlich - TOP 7 *

Zu Punkt 8**Auslaufende Schließung der Brodhagenschule und der Hauptschule Baumheide**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4080/2014-2020

Herr Müller (Amt für Schule) erläutert den zeitlichen Ablauf der geplanten Schulschließungen und die Wechselmöglichkeiten der Schüler auf andere Schulen im Überblick. Aus der Elternschaft habe er noch keine Reaktionen auf die geplante Schließung wahrgenommen. Die Lehrerkonferenz habe eine positive Grundstimmung erkennen lassen.

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf Versuche der Bezirksvertretung, der Schließung entgegenzuwirken. Nachdem dies nicht gelungen sei, müsse nun Neues folgen.

Herr Müller erklärt, dass die Situation im Umland von Bielefeld ähnlich sei. Die nächstgelegene Hauptschule befinde sich nun in Bad Salzuflen.

Frau Kreye (Bündnis 90/Die Grünen) vertritt die Auffassung, dass die Hauptschule eine gute Schulform sei. Die Schulkonferenz 2016 habe den Hinweis gegeben, dass es immer Schüler mit besonderem Betreuungsbedarf geben werde und ihr sei unklar, wo diese Schüler zukünftig passende Angebote bekommen sollten. Die Schulform Realschule könne diesen Betreuungsbedarf schon allein aus Raum- und Personalgründen nicht leisten. Sie könne der Vorlage deshalb nicht zustimmen.

Herr Wäschebach (Vorsitzender der SPD-Fraktion) fragt, wie die von Herrn Müller eingangs beschriebene Wahrnehmung einer "positiven Grundstimmung" der Lehrkräfte mit dem Ablauf der Schulkonferenz 2016 in Einklang zu bringen sei, bei der sich Lehrkräfte gegen die Schließung der Schule verwehrt hätten. Weiter fragt er, welche Möglichkeiten in Realschulen bestehen, Schüler mit besonderen Bedürfnissen auffangen zu können.

Frau Grünewald (CDU-Fraktion) stellt fest, dass Eltern die Schulform Hauptschule trotz deren Vorteile nicht mehr wollen. Auf diese Entwicklung müsse nun reagiert werden. Bezogen auf Punkt 5. der Vorlage fragt sie, ob schon eine Genehmigung der Bezirksregierung Detmold vorliege.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) fragt, ob es Konzepte für Realschulen mit gebundenem Ganztagsunterricht gebe, die besondere Bedürfnisse von Schülern berücksichtigen können.

Herr Müller erklärt, die von Herrn Wäschebach angesprochene Beratung der Schulkonferenz 2016 sei sehr emotional abgelaufen. Die Realität zeige jedoch, dass der Wunschgedanke, bei Bewährtem zu bleiben, nicht durchführbar sei. Schüler mit besonderem Betreuungsbedarf könnten z. B. in Sekundarschulen oder Gesamtschulen aufgefangen werden. Auch Realschulen könnten Hauptschüler aufnehmen. Die Einrichtung von Hauptschulbildungsgängen in Realschulen sei möglich, in Bielefeld jedoch wegen unzumutbarer Schulweglängen gescheitert. An der Heeper

Realschule gebe es Binnen- Bildungsgänge für bestehende Realschüler, um deren Abschulung zu verhindern. Mit der Bezirksregierung sei man im Gespräch, dort werde der Ratsbeschluss abgewartet.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Der Schul- und Sportausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld nach vorheriger Anhörung der Schulkonferenzen und der Bezirksvertretungen Schildesche und Heepen wie folgt zu beschließen:

1. Die Brodhagenschule, Am Brodhagen 50, Stadtbezirk Schildesche, wird ab Schuljahr 2017/18 auslaufend aufgelöst und führt für das Schuljahr 2017/18 kein Anmeldeverfahren mehr durch. Die endgültige Auflösung erfolgt zum 31.07.2021.
2. Die Baumheideschule, Schlehenweg 24, Stadtbezirk Heepen, wird ab Schuljahr 2017/18 auslaufend aufgelöst und führt für das Schuljahr 2017/18 kein Anmeldeverfahren mehr durch. Die endgültige Auflösung erfolgt zum 31.07.2022.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Schulaufsicht und den betroffenen Schulen sicherzustellen, dass während des Auslaufens der Schulen in den eigenen Schulgebäuden der ordnungsgemäße Unterricht gewährleistet bleibt.
4. Die frei werdenden Räume bzw. Gebäude der auslaufend schließenden Hauptschulen werden entsprechend des Prüfauftrags des Schul- und Sportausschusses vom 31.05.2017 für die Errichtung einer Realschule am Schlehenweg 24 und einer integrierten Schulform Am Brodhagen 50 ab Schuljahr 2018/19 vorgehalten.
5. Die Umsetzung der Beschlüsse steht unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch die Bezirksregierung Detmold.
6. Für die Beschlüsse zu 1. und 2. wird die sofortige Vollziehung nach § 80 Abs. 2 Nr. 4 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) beschlossen und die Verwaltung beauftragt, diese nach Genehmigung durch die Bezirksregierung Detmold anzuordnen und die Beschlüsse 1. und 2. öffentlich bekanntzugeben.

- mit Mehrheit beschlossen -

* Bezirksvertretung Heepen - 26.01.2017 - öffentlich - TOP 8 *

Zu Punkt 9 Errichtung einer Realschule mit gebundenem Ganztage am Schlehenweg 24, Bielefeld-Heepen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4131/2014-2020/1

Bezirksbürgermeister Sternbacher fragt, warum in Baumheide keine Sekundarschule eingerichtet werde.

Herr Müller (Amt für Schule) erklärt, dass eine Sekundarschule für Baumheide die bessere Schulform gewesen wäre. Eine Sekundarschule müsse jedoch zwingend dreizügig sein. Dafür seien zu wenige Räume im Gebäude vorhanden, die Finanzierung einer Erweiterung sei nicht möglich. Perspektivisch könne eventuell in weiterer Zukunft aus der Realschule eine Sekundarschule entwickelt werden.

Frau Kreye (Bündnis 90/Die Grünen) fragt, ob der Standort wegfallen, falls nicht genügend Anmeldungen für eine Realschule eingehen. Sie vertritt die Auffassung, dass die in der Vorlage genannten Auswirkungen auf den Ergebnis- und Finanzplan "Senkung der Aufwendungen für Schülerfahrtkosten durch wohnungsnahes Schulangebot" nicht nachvollziehbar seien, da im Gegenzug Hauptschüler weitere Fahrten zurückzulegen hätten.

Herr Müller führt aus, dass es zurzeit noch keinen Alternativplan gebe, falls nicht genügend Anmeldungen für eine Realschule eingehen. Deshalb sei es besonders wichtig, Eltern frühzeitig gut zu informieren. Die den genannten finanziellen Auswirkungen zugrunde liegenden Zahlen seien aus seiner Sicht stimmig.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) vertritt die Auffassung, dass eine Realschule in Baumheide die richtige Schulform sei und hofft, dass mit einem guten Konzept die Umsetzung gelinge. Für ihn sei nicht nachvollziehbar, weshalb die Schule nicht "Realschule Baumheide" benannt werde. Es gebe keinen Grund, die Nennung des Ortsteils im Schulnamen negativ zu bewerten. Baumheide sei kein Problem, sondern ein vielfältiger und toller Stadtteil.

Herr Müller macht deutlich, dass die Namensgebung so gewählt worden sei um den neuen Namen von dem vorhandenen Namen "Baumheideschule" deutlich abzugrenzen.

Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt, er sei überzeugt vom Erfolg des Schulformwechsels und sei froh, dass durch den Beschluss des Schul- und Sportausschusses genügend Zeit für eine vernünftige Umsetzung vorhanden sei.

Herr Wäschebach (Vorsitzender der SPD-Fraktion) bewertet den Beschluss des Schul- und Sportausschusses ebenfalls positiv.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Der Schul- und Sportausschuss und die Bezirksvertretung Heepen empfehlen, der Rat der Stadt Bielefeld beschließt:

- 1. Im Schulgebäude Schlehenweg 24, 33609 Bielefeld, wird zum Schuljahr 2018/19 eine Realschule aufbauend eingerichtet. Die Schule wird zweizügig als gebundene Ganztagschule geführt.**
- 2. Das Anmeldeverfahren im Errichtungsjahr wird im regulären Verfahren in der dritten bis fünften Woche des Anmeldezeitraums durchgeführt. Erreicht die Realschule die erforderliche Mindestschülerzahl nicht, wird die Möglichkeit zur Anmeldung an anderen Schulen in der sechsten Woche des Anmeldezeitraums eröffnet.**
- 3. Die Schule trägt den vorläufigen Namen „Realschule am Schlehenweg, gebundene Ganztagschule der Stadt Bielefeld“. Die Schulkonferenz wird gebeten, einen endgültigen Namen vorzuschlagen.**
- 4. Die Errichtung der neuen Realschule zum Schuljahr 2018/19 steht unter dem Vorbehalt, dass die Bezirksregierung Detmold die auslaufende Auflösung der Baumheideschule beginnend ab Schuljahr 2017/18 genehmigt.**

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

* Bezirksvertretung Heepen - 26.01.2017 - nichtöffentlich - TOP 9 *

-.-.-

Zu Punkt 10**Anmeldezahlen und Festlegung von Aufnahmekapazitäten an städtischen Grundschulen zum Schuljahr 2017/18****Beratungsgrundlage:**

Drucksachennummer: 4183/2014-2020

Herr Müller (Amt für Schule) weist darauf hin, dass die Beschlussvorlage unter Punkt 3. um den Satz "Insofern steht die Entscheidung des Schulausschusses 2017 unter Vorbehalt." ergänzt werden müsse. Anschließend stellt er die Zu- und Abwanderungen zu und von Grundschulen im Stadtbezirk Heepen im Detail vor. Von 501 Schulanfängern im Einzugsbereich seien 382 in wohnortnahen Schulen angemeldet worden. 31 seien an der Georg-Müller-Schule und 39 an anderen Heeper Grundschulen sowie 32 außerhalb des Stadtbezirks angemeldet worden. Bei 20 sei der Verbleib unklar. Aus anderen Bezirken seien 19 Kinder in Heeper Grundschulen angemeldet worden, davon 4 aus Vilsendorf an der Grundschule Brake. Die Quote von 33 % entspreche der Stadtgebietsquote. Auf Rückfrage von Herrn Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) bestätigt er, dass aus dem Stadtteil Brake auch Kinder in Vilsendorf zur Schule gehen.

Herr Wäschebach (Vorsitzender der SPD-Fraktion) fragt, ob der Schülerverkehr Grafenheide weiterhin bereitgestellt werde.

Herr Müller erklärt, dass zum kommenden Schuljahr die Zahlen überprüft werden müssten. Eventuell werde dann ein kleinerer Bus dort eingesetzt. Auf weitere Frage von Herrn Wäschebach antwortet er, dass die bei zwei Schulen zwischen den Spalten 15 und 17 der Anlage zur Beschlussvorlage festzustellenden Abweichungen dadurch bedingt seien, dass an diesen Schulen eine jahrgangsübergreifende Schuleingangsphase bestehe. Dadurch würden alle Schüler der ersten bis dritten Klasse als erster Jahrgang zusammengezählt.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

- 1.) **Gem. § 46 Abs. 3 S. 3 SchulG NRW wird an Grundschulen, an denen auch Auffang- und Vorbereitungsklassen (AVK) geführt werden, die Zahl der Kinder in den Eingangsklassen wie im Vorjahr auf 25 Schülerinnen und Schüler begrenzt.**
- 2.) **Die Aufnahmekapazitäten der städtischen Grundschulen werden für das Schuljahr 2017/18 basierend auf den Ergebnissen des Anmeldeverfahrens entsprechend der Spalten 15 und 16 der Anlage 1 festgelegt.**
- 3.) **Die Schulkonferenzen der von Zügigkeitsveränderungen betroffenen Schulen sowie die Bezirksvertretungen sind anzuhören. Insofern steht die Entscheidung des Schulausschusses 2017 unter Vorbehalt.**
- 4.) **Die Verwaltung wird ermächtigt unter Berücksichtigung der kommunalen Klassenrichtzahl Änderungen der Festlegung in Abstimmung mit der Schulaufsicht vorzunehmen, wenn die Anmelde- oder Schulsituation dies noch erfordert.**

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 26.01.2017 - öffentlich - TOP 10 *

-.-.-

Zu Punkt 11

Lärmsanierungsmaßnahmen in Bielefeld an Schienenwegen des Bundes

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4180/2014-2020

Frau Bernauer (Umweltamt) stellt die geplante Maßnahme und die damit zusammenhängenden Veränderungen bezogen auf den Stadtbezirk

Heepen, insbesondere für den Stadtteil Brake anhand einer Beamer-Präsentation vor.

Bezirksbürgermeister Sternbacher stellt fest, dass eine Beschlussfassung durch das Gremium an dieser Stelle nicht notwendig werde.

Frau Bernauer bestätigt dies und informiert darüber, dass die noch zu erstellende städtische Gesamtstellungnahme zu der Maßnahme den Gremien zu einem späteren Zeitpunkt zur Beschlussfassung vorgelegt werde.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) fragt, ob es schon Vorstellungen über die Farbgestaltung der Lärmschutzwände gebe. Die Maßnahme werde das Ortsbild von Brake verändern. Er halte es für einen positiven Nebeneffekt, dass durch die Wände Gleisüberquerungen verhindert werden. Ungünstig finde er, dass die Bürgerinformationsveranstaltung in Heepen und nicht in Brake, in direkter Nähe zu den Betroffenen, durchgeführt worden sei.

Bezirksbürgermeister Sternbacher äußert sein Missfallen darüber, dass die Bezirksvertretung nicht in die Planung der Bürgerinformationsveranstaltung einbezogen worden sei. Er sei einen anderen Umgang der Verwaltung mit dem Gremium gewohnt. Deshalb sei es umso wichtiger, dass das Gremium heute wichtige Informationen in der Sitzung erhalte.

Frau Bernauer zeigt einige gängige Farbgestaltungen für Lärmschutzwände. Typischerweise werde im unteren Bereich der Wand eine dunklere Farbe und im oberen Bereich eine hellere gewählt, weil der untere Bereich durch den Abrieb der Züge auf den Gleisen schnell verschmutze. Ein konkretes Konzept zur Farbgestaltung der Lärmschutzwände liege noch nicht vor. Es gebe verschiedene Gestaltungsmöglichkeiten, unter anderem könne Plexiglas abschnittsweise eingearbeitet werden, um Beschattungen zu minimieren. Die Kritik in Bezug auf die Organisation der Bürgerinformationsveranstaltung nehme sie entgegen. Die Deutsche Bahn sei Hauptakteur der Maßnahme und gebe einen engen Zeitplan vor. Die Rolle der Stadt sei es, das Verfahren zu begleiten und dafür zu sorgen, dass Verzögerungen vermieden werden. Diesem Termindruck sei die Vorgehensweise bei der Organisation der Informationsveranstaltung geschuldet. Bürgerinnen und Bürger hätten unabhängig von der Informationsveranstaltung die Möglichkeit, sich auf der Internetseite der Stadt Bielefeld oder unter www.bielefeld-wird-leiser.de über die Maßnahmen zu informieren.

Bezirksbürgermeister Sternbacher bittet darum, die Bezirksvertretung im weiteren Verfahren frühzeitiger über Veranstaltungen und insbesondere über die Farbgestaltung der Wände und veränderte Sichtachsen auf der Strecke zu informieren.

Auf Rückfrage von Herrn Dr. Elsner erklärt Frau Bernauer, dass der Einbau von Plexiglas-elementen auf Brücken der sonst entstehenden Enge entgegenwirken und Sichtbeziehungen erhalten solle.

Herr Wäschebach (Vorsitzender der SPD-Fraktion) fragt, ob bereits

Detailpläne für das Projekt vorliegen und ob das Gebiet des alten Bahngeländes mit einem stillgelegten Gleis im Bereich der Waagestraße darin einbezogen werde.

Herr Dr. Elsner weist darauf hin, dass dort ein Notbahnsteig vorhanden sei, der weiterhin zugänglich gehalten werden müsse.

Frau Bernauer sagt zu, diese Hinweise aufzunehmen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 26.01.2017 - öffentlich - TOP 11 *

-.-.-

Zu Punkt 12

Festlegung von Pflegeleveln und Pflegeplänen im öffentlichen Grün Ergebnis der Projektgruppe „Pflegepläne“ der Bezirksvertretung Heepen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4218/2014-2020

Herr Skarabis nimmt Bezug auf Nummer d) des Beschlussvorschlags und teilt mit, dass das Guthaben von 103,85 Arbeitsstunden deshalb bestehe, weil die Flächen um das Kriegerdenkmal in der Nähe der Alten Vogtei und der von dort Richtung Gymnasium Heepen führende Weg bisher in Pflegelevel zwei eingestuft, jedoch tatsächlich nach Pflegelevel-3-Standard gepflegt worden seien.

Ohne Aussprache ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Bezirksvertretung Heepen

- a) beschließt für die bezirklichen Anlagen die vorgelegten Pflegepläne nach dem flexiblen und integrativen Grünflächenkonzept „Bielefelder Modell“ und die damit verbundene Zuordnung der Pflege-Level für die Objektarten in Zuständigkeit der Bezirksvertretung Heepen wie folgt (vgl. Anlage 1, Stand 31.03.2016 mit Aktualisierung zum 31.12.2016).

Pflege-Level	Anzahl Objekte	Fläche in m ²	Aufwand in h/Jahr
Level 1-Bi	0	0	0
Level 2-Bi	64	107.882	8.201
Level 3-Bi	219	978.003	23.083
Summe	283	1.085.885	31.284

- b) empfiehlt für die überbezirklichen Anlagen den jeweilig zuständigen Fachausschüssen die Pflegepläne zu beschließen mit folgender Pflege-Level-Zuordnung (vgl. Anlage 2, Stand 31.03.2016 mit Aktualisierung zum 31.12.2016).

Pflege-Level	Anzahl Objekte	Fläche in m ²	Aufwand in h/Jahr
Level 1-Bi	0	0	0
Level 2-Bi	1	88.835	955
Level 3-Bi	3	23.127	486
Summe	4	111.962	1.441

- c) empfiehlt den mit den Pflegeplänen verbundenen Aufwand, für die dargestellte Unterhaltung der Anlagen, als Grundlage für zukünftige Mittelzuweisung heranzuziehen.
- d) beschließt, das Guthaben von 103,85 Jahres-Arbeitsstunden, welches aufgrund der Veränderungen der Zuordnung der Pflege-Level der bezirklichen Anlagen ausgewiesen wurde, zukünftig für hinzuwachsenden Aufwand und/oder Sonderleistungen zu verwenden.

- einstimmig beschlossen -

* Bezirksvertretung Heepen - 26.01.2017 - öffentlich - TOP 12 *

-.-.-

Zu Punkt 13

Bericht zu der Beratung der Unfallkommission 2016-II

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4147/2014-2020

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 26.01.2017 - öffentlich - TOP 13 *

-.-.-

Zu Punkt 14

Öffentliche Widmung sowie Entwidmung zweier Unterkünfte zur Unterbringung von geflüchteten Menschen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4132/2014-2020

Herr Skarabis schlägt vor, den Inhalt der Vorlage zur Kenntnis zu nehmen, da der Beschlussvorschlag den Stadtbezirk Heepen nicht direkt betreffe.

A) Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt vorbehaltlich der Kenntnisnahme und Stellungnahme der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates, der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss empfiehlt, der Rat der Stadt Bielefeld beschließt

- 1) Die Zustimmung wird erteilt, die derzeit zur Unterbringung von geflüchteten Menschen genutzten Gebäude Teichsheide 12a – 16a aus ihrer Widmung als Übergangsheime für ausländische Flüchtlinge und Aussiedler zu entlassen. Die Verwaltung wird beauftragt, die dafür notwendige Änderung der Satzung über die Errichtung und Unterhaltung von städtischen Unterkünften für Wohnungslose der Stadt vorzubereiten, um den Gebäuden ihre Eigenschaft als öffentliche Einrichtungen mit Zweckbindung zu nehmen.
- 2) Die Zustimmung wird erteilt, das Gebäude „Rütli“, Osningstraße 245, als Übergangsheim für ausländische Flüchtlinge und Aussiedler zu widmen. Die Verwaltung wird beauftragt, die dafür notwendige Satzungsänderung vorzubereiten, um das Gebäude zu einer öffentlichen Einrichtung mit Zweckbindung zu machen.

B) Der Sozial- und Gesundheitsausschuss, die Bezirksvertretungen, der Integrationsrat, der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss und der Rat der Stadt Bielefeld nehmen die weiteren Planungen zur Unterbringung geflüchteter Menschen zur Kenntnis.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 26.01.2017 - öffentlich - TOP 14 *

Zu Punkt 15

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Zur Sitzung liegen keine entsprechenden Punkte vor.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 26.01.2017 - öffentlich - TOP 15 *

Holm Sternbacher
Bezirksbürgermeister

Kathrin Vinke
Schriftführerin